

Die „Viertel“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus zahlbar. Für den Rest des Reichs und für die übrigen Gebiete Polens u. Litauens 15 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 56.

Die schlagfertige Monatshefte über deren Kauf lohnt sich. — M. einschließlich Fernsprechers. Kleine Anzeigen: Das festschriebene Wort 2. — M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Fernsprechers. Laufende Anzeigen: 1. — M., jedes weitere Wort 1. — M. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M. wenn ohne Bild. Stellen-Gesuche in West-Anzeigen: das festschriebene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1. — M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohung mit neuen Maßnahmen

Eine neue französische Note?

II. Bern, 18. Juli.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Paris, dem „Echo de Paris“ zufolge richtete Herr Briand eine Note an Deutschland, die die Anerkennung der Weizsäcker-Urteile für Frankreich vorschlägt und die Uebernahme der Kriegsverantwortung, soweit sie von Frankreich verlangt werden, durch die französische Justiz offiziell ankündigt.

Paris, 18. Juli. (M. I. B.)

Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“, die französische Regierung müsse bis zur letzten Konsequenz die diplomatische Verhandlung verfolgen, die man in Berlin eingeleitet habe. Man müsse nicht nur die militärische Macht in Oberschlesien verstärken, sondern vor allem sich vor den Lizenzen des Ruhrgebietes bewahren. Man werde jedenfalls einen großen Värm vernennen. Das Ministerium werde dann drohen, daß es von Nationalisten erlegt werde. Feinde und Alliierte würden Frankreich erlösen, die Verhandlungen Doussier-Kathenan-Bergmann nicht zu unterbrechen, aber — so sagt Bertinaz — lassen wir uns nicht unterbrechen und nicht von dem Weg abbringen, auf den wir nach längerem Umherirren gekommen sind. Möge Ministerpräsident Briand die Probe bestehen, wir können nicht glauben, daß er bei dem Verlangen, die internationalen Verhandlungen zum September zu vertagen, nur einfach für die Politik der geringeren Anstrengung hat eintreten wollen.

Französische Pressstimmen

Paris, 17. Juli. (U. I. D.)

Die Pariser Morgenpresse bereitet der französischen Note über Oberschlesien nur eine teilweise zustimmende Aufnahme. Auch der Regierung nahestehende Blätter drücken Zweifel darüber aus, ob die vom Ministerpräsidenten angenommene Haltung die richtige sei. Vor allem äußert sich „Petit Parisien“ skeptisch. Philippe Millet schreibt in diesem Blatte u. a., gerechterweise sei die französische Regierung erregt über die Attentate, deren Opfer Franzosen in Oberschlesien geworden seien. Mit gutem Recht könne man darauf hinweisen, daß die deutschen Bedrohungen im Volksabstimmungsgebiet noch vorhanden seien. Daraus folgerte man nun, daß man warten müsse, während man im Gegenteil den Gedanken daran ableiten könne, daß man sich beeilen müsse. Je mehr man die endgültige Lösung, vor die man die Polen und Deutschen stellen müsse, hinauszögere, desto mehr müsse die Erregung beiderseits wachsen. Das Problem der Grenzziehung ge-

mäh den Ergebnissen der Volksabstimmung sei offenbar mit Absicht kompliziert worden. Es sei schon festgemacht, daß man bis zum 20. März 1921 gewartet habe, um abstimmen zu lassen. Das hätte 6 Monate früher geschehen können. Jetzt befindet man sich seit vielen Wochen vor einem Vermittlungsversuche des Grafen Sforza, den die Polen in großen Linien anzunehmen bereit seien. Worauf warte man nun noch, um ihn anzunehmen?

„Figaro“ sagt, in Paris weigere man sich, die oberschlesische Frage als eine rein örtliche anzusehen. Dadurch werde die gesamte deutsche Frage in ihrem vollen Umfang aufgerollt. Es bestehe Gefahr, daß man aus Oberschlesien ein neues Island mache und nach oben hin das Feuer in Europa wieder anzünde. „Gaulois“ schreibt, die oberschlesische Angelegenheit erscheine bedauerndwert. Es handle sich hier um eine Friedensstörung, deren Konsequenzen beträchtlich seien und schließlich vielleicht auch das Reparationsabkommen zwischen Doussier und Kathenan in Frage stellen könnten.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt, es sei nicht daran zu zweifeln, daß die französische Note einen direkten Angriff gegen die englische Regierung darstelle. Zwei Dinge erregten in der Note hauptsächlich Anstoß. Das eine sei, daß die französischen Diplomaten trotz aller Erfahrungen nicht darauf verzichteten wollten, Frankreich den Gen darmen spielen zu lassen, das zweite, daß die militärischen Maßnahmen den Eindruck erwecken würden, Frankreich treffe Vorbereitungen zu einer Lösung, die sich nur mit Gewalt durchsetzen lasse.

„Populaire“ führt aus: Die französischen Soldaten sollen noch einmal und immer wieder das traurige und gefährliche Handwerk des europäischen Gen darmen spielen. Die öffentliche Meinung der französischen Arbeiterwelt wird gerechterweise erregt sein, wenn sie vernimmt, daß die französische Regierung Vorbereitungen zur Entsendung von Verstärkungen getroffen hat, ohne das Parlament vor Selbstanschluß zu befragen. Das Blatt fragt, warum die französische Regierung nur auf die Verantwortlichkeit Deutschlands bei den augenblicklichen Verwicklungen des oberschlesischen Konflikts anspiele, gerade als ob der Zustand Kop-fants nicht katastrophal sei, und wie man von einer improvisierten Entscheidung sprechen könne, vier volle Monate nach der Volksabstimmung?

„Ere Nouvelle“ billigt den Schritt des Ministerpräsidenten Briand und sagt, wenn die Kabinette von London und Rom dem Verlangen nach Entsendung von Verstärkungen nachgeben würden, dann sei der erste Schritt zur Lösung des Konfliktes geschehen, dem man seit dem Kriege ausgeleht sei.

„Humanité“ sagt, Soldaten, selbst wenn sie in großer Menge auftreten würden, seien niemals ein Mittel gewesen, den Krieg zu vermeiden.

Gustave Herzog nennt in der „Victoire“ den französischen Vorschlag, Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken, die Klugheit selbst.

Wenn der Glaube an die Humanität und das Gefühl, der durch den ... lichten Krieg und durch das grausame Verhalten der Sieger über den Besiegten so tief erschüttert worden ist, wenn, sage ..., der Glaube an die schöpferische Kraft dieser Ideen und an das Gefühl der Sieger in Frage gestellt werden muß und kann, so gibt das Unglück Rußlands den Vertretern der Humanität eine glänzende Gelegenheit, die Lebensfähigkeit ihrer Ideen zu zeigen.

Ich glaube, daß besonders warmen Anteil an der Hilfsaktion für das russische Volk jene Leute zu nehmen hätten, die nach schmachvollen, so leidenschaftlichen Kriegsjahren die Menschen aufeinanderhechten und mit diesem Hegen die schöpferische Bedeutung der Schönheit der Ideen vernichteten, die, von der Menschheit mit größter Arbeit ausgebildet, so leicht von Dummheit und Grausamkeit erschlagen wurden. Leute, welche die qualvollen Zustände der leidenden Welt empfinden, werden die notgedrungenen Bitterkeit meiner Worte verzeihen. Ich bitte alle Europäer und Amerikaner, dem russischen Volk raschestens zu helfen. Gebt Brot und Medikamente.

Gleichzeitig hat der Patriarch von Moskau Aufrufe an die Bischöfe von New York, Canterbury und York gerichtet. Der Patriarch ersucht gleichfalls um dringende Sendung von Brot und Arzneimitteln. Das Getreide der Provinzen, die die Kornkammern Rußlands bilden, ist durch die Trockenheit zerstört worden.

Amerikanische Vertreter in Berlin

Sonntag vormittag empfing der Außenminister Dr. Rosen in Gegenwart des Reichsstatzlers, des Reichsjustizministers und des Wiederaufbauministers die Vertreter der amerikanischen Zentralhandelskammer. Die offizielle Meldung darüber sagt, daß die Amerikaner auf einer Studienreise durch verschiedene europäische Länder begriffen seien, seit einigen Tagen in Berlin seien und Fühlung mit deutschen wirtschaftlichen und amtlichen Kreisen genommen hätten. In Finanzkreisen sind an den Besuch der amerikanischen Handelsvertreter weitgehende Kombinationen geknüpft worden. Es soll sich darum handeln, große Kredite an Waren und Gold an Deutschland zu geben, und lediglich die Frage, unter welchen Bedingungen das geschehen soll, bietet noch Schwierigkeiten. Die Kasse der Amerikaner soll ferner den Zweck haben, eine Stabilisierung der Wechselkurse, unter deren Schwankungen die amerikanische Wirtschaft nicht weniger zu leiden hat wie die Wirtschaft der osteuropäischen Länder, herbeizuführen.

Die griechische Offensive

E. E. Paris, 18. Juli.

Aus Konstantinopel meldet Havas: Die griechische Offensive wird an vier verschiedenen Punkten der Front vorgenommen: Bazarfenp-Tenik, Penicheir-Bibizil Inegoul und Jendrasos-Harmandzil. Ussad und Brussa sind die Angelpunkte der griechischen Operationen, die zur Ebesung Kutahias führten. Die temalitschen Truppen ziehen sich an der ganzen Front, den erteilten Befehlen gemäß, zurück und bleiben mit dem Feinde in Fühlung.

Nachdem Kemal der Nationalversammlung von Angora über den Beginn der griechischen Offensive Bericht erstattet hatte, reiste er wieder an die Front, um das Oberkommando zu übernehmen.

Izzed Pascha über die Lage in Anatolien

E. E. Paris, 18. Juli.

Der türkische Außenminister Izzed Pascha gab über die Lage in Anatolien folgende Erklärungen ab: Die griechische Offensive soll begonnen haben. Aber warum neues Blutvergießen? Warum soll die unglückliche Bevölkerung neuerdings leiden, die gezwungen ist, ihre Dörfer aufzugeben und sich zu Tausenden nach Konstantinopel zu flüchten? Die Armee von Anatolien hat hinter sich weite Räume und kann mit Vertrauen kämpfen. Sie wird wie immer heldenhaft sein und ihren Heimatboden verteidigen. Ich bin heutzutage ein Diplomat, dennoch muß ich daran denken, daß die Intervention der alliierten Mächte den Kriegszustand beendigen könnte, der nicht nur für Griechenland und die Türkei, sondern auch für die ganze Welt von Nachteil ist.

Hilferufe aus Moskau

Gerhart Hauptmann hat von Maxim Gorki telegraphisch folgenden Aufruf aus Moskau erhalten:

Note an alle ehrlichen Menschen. Die weiten Steppen in Ost-rußland haben infolge einer noch nie dagewesenen Trockenheit eine Mißernte erlitten. Durch dieses Unglück droht Millionen der russischen Bevölkerung der Hungertod. Ich erinnere daran, daß das russische Volk infolge des Krieges und der Revolution sehr erschöpft ist, und daß seine physische Widerstandskraft geschwächt ist. Dem Lande Leo Tolstois, Dostojewskis, Mendelejews, Pawlows, Kusjorgskis, Glinkas und anderer der ganzen Welt treuen Menschen nahen drohende Tage. Ich wage nun zu glauben, daß die Kulturmenschen Europas und Amerikas, welche die tragische Lage des russischen Volkes verstehen, ihm ehestens mit Brot und Medikamenten helfen werden.

Deutschland und Frankreich

Die Annahme des Ultimatums hatte zunächst eine sehr fühlbare Entspannung der auswärtigen Politik zur Folge. Die auswärtige Politik des Ministeriums Wirth wurde auch im Ausland als eine Systemänderung empfunden. Lloyd Georges hielt jene Rede, in der er Deutschland „ehrliches Spiel“ zusagte, und auch im französischen Kabinett schienen realistische Erwägungen über die reine Prestigepolitik die Oberhand zu gewinnen.

Unterdessen hat Deutschland unfeugbar große Anstrengungen gemacht, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Eine Milliarde Gold ist zu einem Teile bezahlt, der Rest wird bis zum 1. August erlegt sein. Die Reichsregierung hat auch, so gut sie konnte, die Entwaffnungsaktion durchgeführt. Wir wissen, daß nicht alle Widerstände völlig überwunden wurden. Auf dem Lande, in den bayrischen Bergen sind noch Waffen versteckt. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß das, was noch an Waffen und an Organisationen vorhanden ist, eine Gefahr für eine auswärtige Militärmacht nicht mehr bilden kann. Soweit sie vorhanden sind, bilden sie eine gewisse Gefährdung der Republik. Sie müssen nach wie vor aus innerpolitischen Gründen bekämpft werden. Aber wenn die französische Regierung wiederum, wie in der letzten Note, die Dinge so darstellt, als ob die französische Armee und der europäische Friede bedroht seien, so ist das eine gemaltige und, wie wir wohl annehmen dürfen, bewußte Uebertreibung.

Zwischen Berlin und Paris schweben sehr wichtige wirtschaftliche Verhandlungen. Es handelt sich um die Vereinbarungen über das Ausmaß der Wiedergutmachung in natura. Davon wird es abhängen, mit welcher Schnelligkeit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich erfolgen und Deutschland die Erfüllung des Ultimatums ermöglicht wird. Denn es ist klar, daß es für unsere Wirtschaft in der Uebergangszeit von entscheidender Bedeutung ist, daß ein Teil der Verpflichtungen in Waren, die fest bestellt und zu vereinbarten Preisen übernommen werden, abgetragen werden können, bis die Umstellung unserer Wirtschaft soweit erfolgt ist, daß wir in höherem Maße Barzahlungen durch die Steigerung des Ausfuhrüberschusses leisten können.

Diese Verhandlungen stehen erst im Beginn, und es kommt alles darauf an, daß sie nicht durch politische Reizung vereitelt werden.

Diese Gefahr ist aber in der letzten Zeit immer mehr gewachsen. Zunächst verschärfte der französische Widerstand gegen die Aufhebung der Sanktionen die Situation. Nach der Annahme des Ultimatums, nach der Bezahlung der Milliarde durfte man in Deutschland mit der Aufhebung der Sanktionen rechnen. Sie wäre ein unfeugbarer Erfolg der auswärtigen Politik Wirths gewesen und hätte die nationalistiche Agitation, die die auswärtige Frage zum Vorwand nimmt, um die neuen Besitztümer zu vereiteln, eines sehr wirksamen Agitationsstoffes beraubt. Ihre Aufrechterhaltung mußte dagegen überall in Deutschland außerordentliche Enttäuschung erzeugen und die Stellung des Ministeriums in der auswärtigen Politik erschweren. Denn die Sanktionen bilden eine schwere Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens, sie zerschneiden den wirtschaftlichen Verkehr zwischen links- und rechtsrheinischem Gebiet, sie reizen zugunsten einiger französischer Luxusindustrien und Exporteure das Loch im Westen wieder auf, verschlechtern unsere Handelsbilanz durch die überflüssige Einfuhr von entbehrlichen Luxusartikeln und schädigen so die deutsche Wirtschaft. Dies alles noch dazu zur Zeit einer ökonomischen Krise! Gleichzeitig schädigen sie aber auch Frankreich. Denn je schlechter unsere Zahlungsbilanz infolge überflüssiger Einfuhr wird, desto schwieriger wird die Erfüllung der Verpflichtungen. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen wird so als eine schädliche und ganz ungerechtfertigte Quälerei empfunden.

Noch schlimmere Wirkungen müssen von dem Verhalten Frankreichs in der oberschlesischen Frage befürchtet werden. War es ohnedies ein verhängnisvoller Fehler, in den Friedensverträgen über die wichtigsten Kohlen- und Industriegebiete, das Saarrevier, das Teschener Gebiet und Oberschlesien nur provisorisch zu entscheiden und sie so zu heiß umkämpften Streitobjekten zwischen den Nationen zu machen, so mußte die fortwährende Hinausschiebung der Lösung in einem national so erregten Gebiet wie Oberschlesien schließlich mit Notwendigkeit zum Kriege führen. Daß in diesem Kampfe es zur Bildung der deutschen Selbstschutzzorganisationen kam, daß bei diesen bald sich sehr schlimme reaktionäre Einflüsse geltend machten, haben wir als schädlich und gefährlich bekämpft. Daß jetzt nach Beendigung des Ausstandes die Auflösung und Entwaffnung dieser Organisationen schleunigst durchgeführt werden muß, ist eine dringende Forderung der innen deutschen Politik. Wenn aber die französische Regierung die Tatsache, daß die Organisationen noch nicht aufgelöst sind, zum Anlaß nimmt, um die Entscheidung der oberschlesischen Frage wieder zu vertagen, so bedeutet das eine Verlängerung der Spannung, eine neue Stärkung der nationalistischen Agitation in Deutschland. Und nachdem Oberschlesien der Interalliierten Kommission unterstellt worden ist, ist es nicht zu verstehen, daß von der deutschen Regierung verlangt wird, dafür zu sorgen, daß die alliierten Mächte in Oberschlesien keinen Widerstand finden. Es ist

natürlich nach dem Friedensvertrag das Recht Frankreichs, militärische Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken. Man hätte sogar meinen können, daß in einem früheren Augenblick solche Verstärkungen, wenn der nötige Wille vorhanden gewesen wäre, den polnischen Aufstand hätten verhindern können. Wenn aber die Notwendigkeit dieser Verstärkungen mit der Gefahr begründet wird, daß die Entscheidungen über Oberschlesien mit einem deutschen Angriff auf Polen oder die Alliierten beantwortet werden könnten, so muß dazu doch gesagt werden, daß in allen zurechnungsfähigen politischen Kreisen Deutschlands über die völlige Unsinngkeit, Erfolglosigkeit und Gefahr eines solchen Vorgehens nur eine Meinung herrschen kann. Dazu brauchte man wirklich nicht die große Aufmerksamkeit, die Frankreich offenbar für nötig hält. Man mag ein solches Vorgehen zur Not begreifen aus der inneren politischen Situation Frankreichs, aus den großen Schwierigkeiten, die einer Politik der Entspannung, die allein die Erfüllung des Ultimatus möglich machen kann, namentlich in der französischen Kammer entgegensteht. Und man wird in der Tat gut tun, sich durch diese Politik nicht davon abbringen zu lassen, die mühselige aber allein erfolgreiche Arbeit der wirtschaftlichen Verständigung fortzusetzen und so allmählich trotz aller politischen Reaktionen zu einer wirklichen Entspannung zu kommen.

Diese Politik ist deswegen nicht ausfallslos, weil die innerpolitischen Schwierigkeiten der französischen Regierung zwar deren auswärtige Politik ungünstig beeinflussen, das Interesse der anderen Staaten aber viel eher auf das Verschleichen der europäischen Brandherde gerichtet ist. Denn für die anderen Mächte treten die Probleme des nahen und ferneren Ostens immer mehr in den Vordergrund ihrer Politik.

Es ist ein unglückliches Zusammentreffen, das die nationalpolitische Stimmung namentlich in Frankreich noch durch die Leipziger Prozesse gesteigert worden ist. Wir sind von jeher für die Aburteilung von Kriegsverbrechern eingetreten, und so sehr wir wünschen, daß auch in den anderen Staaten solche Verbrechen gesühnt werden, so ist das für uns sicher kein Grund, nicht im eigenen Hause mit allem Nachdruck nach dem Rechten zu sehen. Wir sprechen auch sicher nicht davon zurück, Kritik an der Urteilsprechung zu üben, soweit diese uns verfehlt erscheint. Aber nicht minder nachdrücklich müssen wir doch aussprechen, daß auch Fehlurteile des Reichsgerichts kein Grund sein dürfen, neue internationale Komplikationen heraufzubeschwören. Die Entente hat seinerzeit ausdrücklich die Aburteilung der Kriegsverbrecher durch das Reichsgericht zugestimmt. Das war ein sehr vernünftiges Zugeständnis; es erfolgte aus politischer Einsicht, um einen gefährlichen Konfliktstoff aus dem Wege zu räumen. Es wäre überaus verderblich, wenn jetzt von gewissen Vorbehalten, die damals gemacht worden sind, Gebrauch gemacht und dadurch die Spannung neuerdings vermehrt würde. Auch die französische Regierung wird sich der Einsicht nicht verschließen dürfen, daß die Durchführung einer auswärtigen Politik, die die Wiedergutmachungsorderungen erfüllen, die dadurch endlich den Frieden wirklich herstellen und vor neuen Erschütterungen sichern will, aufs äußerste erswert wird, wenn das politische Vorgehen immer wieder den Fortgang der wirtschaftlichen Arbeit für die Wiedergutmachung stört.

Die Stellung der deutschen Regierung

Zu dem französischen Schritt wird offiziell mitgeteilt: Der Außenminister hat bei Entgegennahme des Scheitres des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion den Zweifel des deutschen Kabinetts an ihrer Wirksamkeit unzweideutig zum Ausdruck gebracht und dessen Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Injuranten nur äußerlich entwaffnet, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden.

Ich habe einen Sohn

Skizze von Hartmuth Merleker

Ich habe einen Sohn. Er ist zwar noch nicht alt, aber immerhin ist es erkennbar ein Sohn, ich stellte es fest, als ich ihn nach seiner Geburt vom Bauch, auf dem er quälend lag, auf den Rücken trübte, um ihn zu untersuchen. Man wird mir das verzeihen, es ist mein erster Sohn. Wäre es ein Mädchen gewesen, hätte ich nämlich die Annahme verweigert, ich hätte einen Sohn bestellt. Beim zweiten wird es mir wohl schon gleichgültiger sein, die Wünsche „über sich hinaus“ hat man ja auf den ersten übertragen, also für die Nachwelt geforgt. Der zweite Junge könnte daher ebenso gut ein Mädchen, ein erstes Mädchen sein, zweite Kinder getaten von selbst. Napoleon und ich waren auch zweite Söhne und außerdem zweite Söhne von Advokaten. Meine Frau sagt zwar, ich solle damit nicht so prohlen, aber was tut man nicht alles für einen Sohn, für seinen ersten Sohn. Ich tue noch viel mehr für ihn.

Ich sage manchmal eine Viertelstunde vor ihm, wenn er sein „Deputat“ aus der Landwirtschaft meiner Frau bekommen hat und lese in seinen Augen. Da steht nichts drin? Oh, mein Sohn ist aus dem dummen Vierteljahr heraus und kann sich bereits mit mir unterhalten, außerdem ist er stimmungswaltig und wie jagt der Enkel eines Advokaten. Er ist ja mein Sohn. Nachdenklich bezieht er sich seinen Erzeuger. Er schüttelt den Kopf über so viel Jugend. „Das ist also mein Papa, ich war sehr unvorsichtig in meiner Wahl“, sprechen seine staubigen Augen. Er hat nicht unrecht, der Sohn, aber er hat Schuld. Die meisten Kinder machen die Väter alt, die Väter sprechen sich in eingebildeter, durch nichts begründeter Würde, es gibt nichts Dämmeres als erstgewordene Väter, mir ist das nicht passiert, ich habe mit meine Jugend in meinem Sohne zurückgesehen, oder besser, er hat sie mir wiedergegeben.

Ich sammle für ihn. Ich sammle für ihn mit der ganzen Hingabe der Jugend. Ich will durch ihn noch viel länger werden, ich will ihm ein Freund sein können, wenn er erst so alt geworden ist, daß er es würdigen kann. Er soll einen Kameraden in mir finden, der alle Tollheiten längt verklangener Tage wieder lebendig machen kann. Also ich sammle Marken. Wie ein richtiger Bengel. Ueberall tausche ich. Ich komme mir wieder wie ein Sektaner vor. Wenn ich den Gewinn einer Woche am Sonntag einem selbstgepappeten Album einverleihe, dann steht mein Schilling mir zu. Freue ich mich über ein mühsam ergattertes Exemplar, dann lacht es auch, aber verstimmt und denkt: „Das ist die erste, die ich verlese, wenn das Taschengeld für die Zigaretten mal nicht langt.“ Er ist sicher

Nach diesen vorläufigen Erwiderungen bezieht sich der Außenminister die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Erklärung des französischen Botschafters enthaltenen Punkte vor.

Ein deutscher Ausschuss für Oberschlesien

Von den Vertretern der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens ist ein Deutscher Ausschuss für Oberschlesien mit dem Sitz in Katowitz gebildet und zum Vorsitzenden einstimmig Dr. Lufschel gewählt worden. Die U. S. A. D. ist an dieser Einheitsfront nicht beteiligt. Ueber die Aufgaben des Ausschusses, der an die Stelle des Plebiszitkommissariats getreten ist, sagt eine von ihm veröffentlichte Rundgebung:

„Die Vertretung der durch die Volksabstimmung erworbenen, durch den Friedensvertrag garantierten Rechte der deutsch-kannten Mehrheit auf Befreiung Oberschlesiens bei Deutschland. Die Erwirkung der umgehenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Die Erwirkung der schnellen Heilung der durch den Ausstand den einzelnen und der Gesamtheit zugefügten Schäden. Die Vertretung und Wahrung der Interessen der deutsch-kannten Bevölkerung bei der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission und bei der Reichs- und Staatsregierung. Ausgleich der nationalen Gegensätze.“

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien wird seine Aufgabe mit allen rechtlich und gesetzlich zulässigen Mitteln durchführen.“ Wenn der Deutsche Ausschuss einen Ausgleich der nationalen Gegensätze herbeiführen will, so wird er vor allem dafür sorgen müssen, daß auf deutscher Seite alle nationalpolitischen Elemente ausgeschaltet werden, die nicht weniger zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen haben als die polnischen Nationalisten.

Ordnungsarbeit der Engländer

Deutscher, 18. Juli.

Der Befehlshaber der englischen Brigade Oberst Walshope empfing die Vertreter der Landgemeinden des ihm unterstellten Bezirks, denen er erklärte, er wolle auf friedlichem Wege den früheren Zustand wieder herstellen. Uebergriffe von irgend-einer Seite werde er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken. Er forderte die Gemeindevorsteher auf, ihren ganzen Einfluß auf die Bevölkerung auszubieten, damit die Ruhe und Ordnung bewahrt und scharfe Maßnahmen vermieden würden.

Entlassungen auf den Schiffswerften

Schon vor einiger Zeit mußten wir mitteilen, daß massenhafte Arbeiterentlassungen auf den Schiffswerften bevorstehen. Die Werften geben an, daß der vom Reiche gezahlte Zuschuß zur Fertigstellung des vorgesehenen Bauprogramms nicht ausreicht, so daß sie gezwungen sind, die Betriebe wesentlich einzuschränken, um den Betriebsumfang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Zuschußbeträgen in Einklang zu bringen. Jetzt wird der Anfang damit gemacht, denn aus Essen wird gemeldet:

Die Firma Krupp A. G. macht in ihrer neuesten Nummer der Grubenmitteilungen bekannt, daß nunmehr auch auf ihrer Germania-Werft in Kiel eine Arbeitsreduzierung eintreten muß. Bekanntlich sind bereits seit einiger Zeit Feierlichkeiten auf dem Gruson-Werft in Magdeburg-Buckau und der Essener Gußstahl-Fabrik eingeleitet worden. Die Reichsmittel aus dem Koedersabfindungsvertrag reichen nicht, um die Fertigstellung der einzelnen Schiffe zu fördern. Sollten die Koedersarbeiten nicht in der Lage sein, selbst entsprechende Mittel herzugeben, so bleibt nichts anderes übrig, als mit dem Bau der betreffenden Schiffe aufzuhören. Auf die Dauer werden aber auch Arbeiterentlassungen nicht zu umgehen sein.

Die Werftarbeiter haben seinerzeit in einer Konferenz, über die wir gleichfalls berichtet haben, gefordert, daß der vorgesehene Bauplan in seinem Zeitmaß zu reduzieren, die Aufträge also auf eine kürzere Zeit zusammenzudrängen seien, um über das Krisenstadium hinwegzukommen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband pflegte ständige Verhandlungen mit der Regierung, um einen Weg zur Vermeidung der Massenentlassungen zu finden. Dabei wurden Forderungen und Kurzarbeit vorgeschlagen für den Fall,

daß andere Mittel zur Vermeidung der Krise nicht zur Verfügung stehen. Wie die Meldung zeigt, ist die Arbeitsreduzierung eingeleitet, aber dennoch werden Arbeiterentlassungen angefündigt. Es ist notwendig, daß die Regierung sofort die Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband wieder aufnimmt, um in letzter Stunde das Unheil zu verhüten. Es handelt sich um die Frage, ob nicht weniger als 30 000 Werftarbeiter in kurzer Zeit auf die Straße schiegen sollen, ob ihre Arbeitskraft drangelegt werden soll oder ob es gelingt, sie in ihren Arbeitsstellen zu halten.

Neuwahlen in England?

EE. London, 18. 7. 21.

In einer Rede, die der englische Abgeordnete Kenworthy gestern in Reichstag hielt, erklärte er, daß Lloyd George beschlossen habe, die Neuwahlen im Oktober oder November vorzunehmen zu lassen, und er fügte hinzu, daß Lloyd George das Land auffordern werde, ihm alle Vollmachten vor seiner Reile nach Washington zu erteilen, wo er die orientalischen Angelegenheiten regeln wolle, nachdem er in beklagenswerter Weise bei der Regelung der westlichen Angelegenheiten gescheitert sei. Arthur Henderson erklärte in einer Arbeiterversammlung zu Darlington, daß man sich rechtzeitig zu den Neuwahlen, die in nächster Zeit zu erwarten seien, vorbereiten müsse.

Die irischen Verhandlungen

EE. London, 18. Juli.

Heute wird Lloyd George eine Unterredung mit James Craig haben, der eine Besprechung mit De Valera vorangehen soll. In irischen Kreisen erklärte man gestern abend, man wisse noch nicht, wann die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und De Valera stattfinden werde. — Nachrichten aus Belfast besagen, daß auch dort nunmehr Ruhe eingetreten ist und daß die Waffentruhe in ganz Irland innegehalten werde.

U. London, 18. Juli.

Die Haltung De Valeras in der Konferenz am Dienstag scheint nunmehr festzustehen. Gestern sind die Kabinettsmitglieder aus Ulster in London angekommen. Es werden keine direkten Verhandlungen zwischen Ulster, De Valera und Sinnfeinern stattfinden. De Valera scheint Lloyd George davon überzeugt zu haben, daß die Dominions-Homereale für Irland das beste wäre, aber nicht in der Form der südamerikanischen, sondern der kanadischen. Ulster möchte hierbei eine Erweiterung seiner Selbstverwaltung erhalten. Es dürfte jedoch nur eine gelegentliche Abwesenheit in Irland bestehen. Weiter meint De Valera, daß er als Vertreter der weitaus größten Mehrheit von Irland allein berechtigt sei, die Bedingungen mit Lloyd George festzusetzen. Er besteht darauf, daß die Regelung zuerst vom Sinnfein-Parlament ratifiziert werden soll.

Eine internationale Eisenbahn-Konferenz zum Zwecke einer Neuorganisation der internationalen Wagen-Führung findet jetzt in Zúrich statt. Dreißig Vertreter aller europäischen Staaten nehmen daran teil.

Das amerikanische Hilfswerk in Belgien. Hoover erstattete über das amerikanische Hilfswerk in Belgien, in der Zeit vom September 1914 bis September 1920 Bericht. Danach wurden für Ernährungszwecke insgesamt 1300 Millionen verausgabt, 10 Millionen Personen beiderlei Geschlechts und jeder Alters wurden ernährt. Die Verwaltungskosten verschlangen etwa 0,42 Proz. der verausgabten Summe. Diese Kosten wurden wieder eingezahlt, indem man die übriggebliebenen Nahrungsmittel für 9 1/2 Millionen wieder verkaufte. Ohne das amerikanische Hilfswerk wäre das belgische Volk während des Krieges buchstäblich verhungert.

Die Volkszählung in der Tschechoslowakei. Nach dem amtlichen Ergebnis der Volkszählung in der tschechoslowakischen Republik zählte die Republik am 15. Februar 1921 13 595 216 Einwohner.

Zusammenstoß im Prager Parlament. Beim Verlassen des Subdeputationsbüros der Nationalversammlung gerieten die Abgeordneten Dr. Baeran und Sedl in einen Wortwechsel. Der tschechische Nationalsozialist Sedl verurteilte dem deutschnationalen Dr. Baeran eine Ohrfeige. Baeran forderte Sedl, der jedoch die Forderung ablehnte. Der ganze Vorfall spielte sich im Gange ab,

von Vater und Mutter her erblich belastet, ein Wunder fast, daß er nicht mit einer Papprolle im Grunde zur Welt kam. Bin ich betrübt, daß ein seltenes Stild beschädigt ist, dann lagen seine spitzbüßigen Augen: „Die magte ich einem Mischküller an, der eine Brille trägt und die fehlende Ecke nicht reht, die gelunkene Moral unserer Tage erlaubt mir das.“ Da werde ich aufpassen müssen, daß er das nicht tut, denn in ihm stecken fünf Krüge- und Soldatenjahre, die ich im Blut getragen und die er in seiner Seele austoben lassen will und wird. Was mag ich ihm wohl alles mitgegeben haben, woran ich nicht gedacht, was ich nicht in mir selbst bekämpft? Schon daraus entspringt die Pflicht der Wachsamkeit, sich muß ich beginnen, seine kleine Seele zu studieren, um stets als ehrlicher Kamerad ruhen zu können: „halt, da gehst auf Zerweg, hier ist der Pfad.“ Es wird schwer sein, denn auch ich bestritt oft dem Vater das Recht auf die Äugel und spottete seiner abgekürzten Ruhe und seiner besseren Einsicht.

Er liegt und starrt zur Decke. Eben hat er getrunken, danach ist er stets abgekämpft, fett und possidlich wie ein Azzo und rührt kein Glied. Er ist ein Genesler. Er kostet die Wonnen nach, die man ihm gespendet.

Unbewußt und spielend gleiten dann seine unendlich varierten Gedanken über die Decke des Wagens, und nur zu gern sehe ich darin den Ausdruck von Nachdenken. Warum sollte er keine Freude an der Weichheit der Decke haben? Warum sollte es nicht im Ausdruck seiner großen Augen liegen, daß Weichheit und Zartheit ihm angenehm sind? Ich rufe ihn an. Er lacht. Ob er die Stimme wohl schon kennt? Langsam rollt das Köpfchen, das beschämenderweise mehr und längere Haare trägt als der edige Schädel des Papas, auf dem Kissen zu mir herum. Es war kein Drehen des Kopfes, es war ein Rollen, irgendein Muskel erschaffte und gab den Kopf frei. Seine Augen zwinkerten mich an. Er sieht! Wie hat man sich des Tages gezeit, als er das erstmalig zu erkennen gab, daß er sah. Langsam wurden die schwarzen Tollfischenaugen heller und heller, die Reihhaut gewöhnte sich an das Licht, und eines Tages war auch die Bräule vom Auge zum unbeeindruckten Gehirn geschlagen. Da, da draußen, außerhalb der Welt des Wagens, ist eine andere Welt, die des Ergötzens wert ist. Sein Auge trank. Die großen fragenden Kinderaugen wurden mir Erlebnis, ich lernte den Sinn dieses Wortes kennen, das Auge meines Kindes frug sich hinein in die fremde Welt. Lange, unerrückt ruhen seine Augen auf Dingen, die ihm noch nicht Begriffe sind, fremd, Gott sei Dank, und ihm die abstrakten Vorstellungen, nur die realen Dinge des Lebens, Hunger und Müdigkeit, die hat er in ihren Auswirkungen begriffen. Doch sie gehen nicht durch die Augen ins Bewußtsein ein. Man kann es sehen, wie sich Stein für Stein in ihm die Welt aufbaut. Und ich darf Baumeister spielen. Alles, was ich fernhalten will und kann, das darf ich lassen, alles, was ich ihm

zuführen und zu lernen zu verstehen geben will, das darf ich tun. Ich spiele Gott im Kleinen, ich bin Herr über eine Seele geworden, aber ich bin doch schwächer, als der Herr im weißen Bart, ich bin Rechenschaft schuldig, und er nicht. Ich muß dereinst, wenn mein Sohn groß geworden ist, gewärtig sein, daß er mich fragt, warum ich dies unterließ und jenes tat, und unerbittlich können Kinder sein, wenn sie Kläger und Richter in eins sind. Ich war auch Kind.

Im Augenlicht meines Kindes sah ich mein Spiegelbild. Ich spiegelte mich täglich und gern in ihm, es soll mich ganz in sich aufnehmen, damit es begreifen lernt, daß wir zusammengehören. Nicht meine Fehler soll es sehen und lernen, die braucht es nicht, es wird seine eigenen haben, die wir gemeinsam bekämpfen, es soll nur Liebe für mich empfinden und Vertrauen zu mir fassen, denn ich will sein Freund sein.

Er schreit, Kinder pflegen dies für einen Erfolg der ihnen noch ermangelnden Sprache zu halten, und machen freigeig davon Gebrauch. Planwirtschaft kennen sie nicht. Dafür sind Kinder ein vorzüglicher Erfolg für gut regulierte Wäcker. Mein Sohn kennt die Stunde, in der ich mich in einer schwachen Minute dazu hinreichend lieh, ihn zu schaukeln, genau. Unglücklicherweise ist es die Nachmittagszeit, in der ich sonst zu ruhen pflege. Er auch. Aber zur vorgemerkten Stunde beginnt er mörderlich zu brüllen, ohne Gnade holt er mich aus dem Schlaf.

Ich habe ihn sonst stets ob der bewiesenen Bittlichkeit gekannt, heute habe ich ihm was gehulst. Ich lasse ihn eifern, und schreibe über ihn, damit er später selbst nachlesen kann, was er mit seinem Geschrei angerichtet hat.

Das Lernvermögen der Küchenschaben. Die Küchenschaben sind wohl allgemein bekannt. Sie gehören zu der Insektenordnung der Gerabflügler, kommen in Häusern, namentlich in Küchen und Bäckereien, vor und werden dort schädlich durch das Verschleppen von Brot, Mehl, Getreide, Fleisch usw. Am Tage wird man sie aber höchst selten und meistens nur infolge eines Zufalles zu sehen bekommen. Sie sind nämlich äußerst lichtscheue Tiere, halten sich infolgedessen tagsüber in dunklen Ritzen und Spalten auf und kommen erst zur Nachtzeit hervor, um ihre Raubzüge zu unternehmen. Er scheint man zur Nachtzeit plötzlich mit einem Ruck, so flüchten sie Hals über Kopf in die dunkelsten Zimmercken und nächstgelegenen Ritzen und Löcher des Zimmerbodens. Diese Lichtscheue der Tiere ist nun von einem Naturforscher namens Jomanski benutzt worden, um ihr Lernvermögen zu untersuchen. Er nahm eine große Riste und teilte sie durch eine Quermwand in zwei Hälften, wovon die eine hell, die andere vollkommen dunkel war. In der Quermwand befand sich unten ein kleiner Spalt, so daß die Tiere ohne weiteres vom hellen in den dunklen Raum hinübergehen konnten. Die Versuchstiere war aber so eingerichtet, daß die Küchenschaben jedesmal, wenn sie die Schwelle zwischen der hellen und dunklen Abteilung zu überschreiten

Abrüstung und Entwaffnung

Böllerbund und Konferenz über den fernem Osten

Während sich die fünf Großmächte, die Präsident Harding zu einer Konferenz geladen hat, die die Probleme des Stillen Ozeans und des ferneren asiatischen Ostens, sowie in Verbindung damit die Abrüstungsfrage erörtern soll, über Program und Methode dieser Beratungen noch nicht vollends einig sind, weil Japan mit einer gewissen Zurückhaltung und einigen Vorbehalten auf die Einladung geantwortet hat, ist in Paris die Abrüstungskommission des Völkerbundes zu ihrer ersten Tagung zusammengesetzt. Bissani, der Vorsitzende dieser Kommission, erklärte, die Beratungen der Kommission könnten nur die Grundlagen für spätere Entscheidungen des Obersten Rates liefern. Aber in der Erfüllung dieser Aufgabe werde sie in keiner Weise behindert durch die Initiative, die Harding ergriffen habe. Die Beratungen der Abrüstungskommission würden vielmehr die von Harding angeregte Tagung vorbereiten.

Außer den Staatsvertretern, die nach dem Statut des Völkerbundes an den Beratungen der Abrüstungskommission teilnehmen, hat das Internationale Arbeitsamt drei Vertreter der Arbeiter entsandt: den französischen Genossen Jouhaux, den Sekretär des Bureaus der Amsterdamer Internationale Dubschegg und den Führer der schwedischen Gewerkschaften Thorgegg.

Die Abrüstungskommission hat zwei Sitzungen abgehalten. In der Vormittagssitzung am 17. Juli tritt Jouhaux in die Debatte ein. Er wies auf die Begeisterung hin, mit der die Arbeiter den Abrüstungs- und Friedensgedanken ausgenommen haben, daß der Völkerbund das Friedenswerk fördern wolle. Seit dem Waffenstillstand habe dieses Vertrauen dem Pessimismus Platz gemacht. Das Vertrauen müsse wieder hergestellt werden, und deshalb müsse man die Entwaffnungsfrage in ihrer Gesamtheit in Angriff nehmen. Entgegen der Meinung des Engländers Fisher vertrat Jouhaux den Standpunkt, man könne zu keiner praktischen Lösung kommen, wenn man die Frage der Seerüstung von der Frage der Landrüstung trenne. Dann wandte sich Jouhaux gegen die vom Italiener Schanzer vorgeschlagene Kommission, die eine Statistik des gegenwärtigen Rüstungsstandes aufstellen sollte. Statistiken seien immer anfänglich. Er sei für eine Lösung durch internationale Verpflichtungen, damit den Völkern die nötigen Bürgschaften gegeben werden könnten, um zur Entwaffnung zu übergehen, und damit man immer mehr abkomme von den besonderen Verhandlungen der Staaten untereinander. Jouhaux schlug deshalb vor, eine Kommission einzusetzen, die die Kontrolle der unter den Mitgliedern des Völkerbundes ausgetauschten militärischen Informationen ausübt. Jouhaux vertrat ferner die Ansicht, daß die private Herstellung von Waffen unterbunden werden müsse. Die ganze internationale Lage sei nach dem Krieg, deshalb gefälscht worden, weil diejenigen, die Munition herstellen, den Mangel an Gleichgewicht zu ihren Gunsten hätten ausnutzen können. Deshalb müsse der Völkerbund ein feste Ausschuss entschlossen zur Kontrolle und Beschränkung der Waffenindustrie schreiten.

Beim Schluß der Vormittagssitzung schlug Bissani die Bildung von drei Unterausschüssen vor. Der erste solle sich mit der Waffenindustrie und mit dem Waffen- und Munitions-handel beschäftigen, der zweite solle die Frage des Durchschlagsrechts und der gegenseitigen Kontrolle der Aufstände über die militärischen Rüstungen bearbeiten, der dritte solle den Vorschlag des Italiener Schanzer, betreffend die Rüstungsstatistik, prüfen.

Der Bissani die Sitzung abschloß, erklärte er, er habe die Zuversicht, daß die Kommission ins Stande sein werde, das heikle und verwickelte Programm ganz zu lösen, das ihr durch die Völkerbundversammlung anvertraut worden sei. Ein Teil ihrer Arbeiten werden bereits im kommenden September der Vollversammlung des Völkerbundes unterbreitet werden können.

Wir nehmen an, daß sich diese Zuversicht Bissanis nur darauf erstreckt, daß die Abrüstungskommission ins Stande sein wird, eine theoretische Debatte über die Abrüstung, die die Völkerbundversammlung zweifelslos pflegen wird, vorzubereiten. Wie handlungslos diese Debatte über die Abrüstung Pragis wird, zeigt die folgende Meldung aus Paris:

Leuchten, einen kurzen elektrischen Schlag erhielten. Der war ihnen natürlich nicht angenehm; trotzdem unternahmen sie es aber immer wieder, aus dem heißen in den dunklen Teil der Röhre zu flüchten. Nach einiger Zeit aber, nachdem sie beim Beitreten der Schwelle zwischen dem heißen und dunklen Röhrenteil viele Male von dem elektrischen Schlag getroffen worden waren, änderten sie nun das Verhalten. Sie flüchteten nun aus dem heißen Teil bis zum verbindenden Spalt, blieben vor diesem plötzlich stehen, arbeiteten unruhig mit den Füßchen und stießen dann nach einigem Zögern wieder in den heißen Teil der Röhre zurück; ja, sie drückten nur wieder in die Nähe des Spaltes zu kommen, so flüchteten sie direkt wieder in das Heisse zurück. Durch eine neue Erfahrung ist also ihr instinktives (angeborenes) Verhalten geändert worden. Ihre angeborene Neugierde veranlaßte sie zwar immer wieder, den dunklen Teil der Röhre aufzusuchen, sowie sie aber an den Verbindungs-spalt kamen, erinnerten sie sich gewissermaßen des schmerzhaften Schlages, den sie beim Durchdringen desselben erlebt hatten, und diese Erinnerung wirkte so kräftig, daß sie es lieber vorzogen, in diese Erinnerungsmoleküle noch einmal überzuspringen. Sie hatten also die gefährliche Stelle nach einmal überstritten. Sie hatten also gelernt, daß der Röhrenboden an einer ganz bestimmten Stelle ihnen Schmerz hervorrief, und sie gingen nun dieser Stelle immer aus dem Weg, auch dann, wenn kein elektrischer Strom durch die Schwelle geleitet wurde.

Die Ausnutzung der Niagara-Fälle. Das Bestreben, Röhre zu sparen, die Notwendigkeit, größte Energiemengen zur Verfügen zu haben, führen zu einer immer umfangreicheren Heranziehung der Wasserkräfte. Die schon vollendeten Quercross-Chippawa-Werke auf der kanadischen Seite der Niagarafälle nutzen die bei weitem nicht aus. Nun sind Erweiterungen auf zunächst 20 000, weiter auf 472 500 P. S. geplant. Zwei neue Projekte übertrifft diese Pläne aber gewaltig. Robert S. Sterrett berichtet über sie, die nach der „Frankfurter Umschau“, in „Scientific American“. Der nach der „Frankfurter Umschau“, in „Scientific American“. Der nach der „Frankfurter Umschau“, in „Scientific American“. Der nach der „Frankfurter Umschau“, in „Scientific American“.

Die Fällung des Friedmannischen Mittels. Der Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung enthält wiederum einen sehr erheblichen Beitrag, 800 000 M., für die Fällung des durch Landtagsbeschlüsse angelegten Ausschusses zur Prüfung des Friedmannschen Tuberkulose-Schuh- und Heilmittels. Der Versuch soll davon 650 000 M. erfordern, 150 000 M. werden für die Reisekosten der Ausschussmitglieder, für die Unterweisung der Ärzte in der Anwendung des Mittels und für die Einrichtung entsprechender Stationen an den Universitätskliniken angefordert.

General Bengand erklärte gestern in einem Interview, durch die von Harding einberufene Konferenz sollten mehr die den Stillen Ozean betreffenden Fragen gelöst, als ein allgemeiner Abrüstungsplan aufgestellt werden. Frankreich werde niemals abrücken, bevor Deutschland nicht endgültig und tatsächlich entwaffnet sei. Die ehemaligen Feinde Frankreichs seien mehr als je entschlossen, sich ihre Revanche zu holen, sobald es ihnen gelangen sei, die alliierte Kontrolle abzuschütteln. Man müsse blind sein, um den militärischen Geist nicht zu bemerken, der jenseits des Rheins die Oberhand habe. Wenn 1914 zwischen den drei großen Mächten Amerika, England und Frankreich ein Garantieflochten bestanden hätte, wäre der Krieg vielleicht verhindert worden. Trotz jedes Garantieflochten aber würde Frankreich allein den Stoß eines neuen Angriffs auszuhalten haben.

Frankreich werde also niemals abrücken, erklärt General Bengand. Er begründete diese Haltung mit der Gefahr, die immer noch Deutschland drohe. Er hat zweifelslos recht, wenn er erklärt, daß der militärische Geist in Deutschland immer noch lebendig sei. Die jahrelang verzögerte und schließlich mit großem Widerwillen und auch nur unzulänglich durchgeführt Entwaffnung hat es der ganzen Welt ausreichend bewiesen. Dennoch erscheint uns diese Berufung des Generals auf Deutschland unbegründet, denn die in Deutschland faktisch bestehende Militärmacht ist als eine Gefahr für den Frieden kaum ernst zu nehmen. Dagegen zeigt die Neuhierung Bengands, daß der militärische Geist in den französischen Kreisen, für die er spricht, nicht minder mächtig ist, als in gewissen Kreisen in Deutschland. Auch die Absichten Hardings werden bei den französischen Militärs zweifellos den stärksten Widerstand finden. Es wäre daher keineswegs verfehlt, wenn die Arbeiterklasse der Welt, die auf eine wirkliche Abrüstung drängt und in deren Namen Jouhaux in Paris gesprochen hat, auf die Ergebnisse der Beratungen des Völkerbundes oder der von Harding angeregten Konferenz wesentliche Hoffnungen setzen sollte.

Die Abrüstungskonferenz

Paris, 17. Juli.

Die „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, es sei so gut wie endgültig entschieden, daß der 11. November als Zeitpunkt für die Eröffnung der Abrüstungskonferenz gewählt wird.

Japans Zögern

CE. Paris, 18. 7. 21.

Am Sonnabend trat das Kabinett zusammen und besprach die Haltung Japans. Das bisherige Zögern Japans wird aber die Absicht Hardings, sobald als möglich die offiziellen Einladungen zur Washingtoner Konferenz ergehen zu lassen, nicht beeinflussen, vielmehr erwartet Präsident Harding nur die Neuherung der einzelnen Mächte ab, zu welchem Zeitpunkt die Konferenz einberufen und welche Gegenstände auf ihr erörtert werden sollen. Das Kabinett beschloß, die Einladungen nur auf die in Aussicht genommenen Staaten zu beschränken und die Konferenz nicht durch Hinzuziehen anderer Mächte zu komplizieren, wodurch sie nur schwerfällig werden würde.

Schwarze Listen

Das Ende der Schichauausperrung

Die Schichauausperrung in Elbing endet wie sie begonnen; mit einem friedlichen Gewaltakt des Unternehmers. An ihrem Anfang stand die Vergewaltigung der Arbeiter in der Lokomotivfabrik. Diesen Arbeiter konnte selbst der Direktor nicht das geringste nachsagen. Sie hatten nicht „demonstriert“, wie ein Teil der Werftarbeiter, und wurden doch genau so auf die Straße geworfen wie alle andern. Nach fünf Wochen war endlich die Regierung so weit, daß ein Schlichtungsausschuss tagte. Die Firma ernannte keine Vertreter und stellte sich auch nicht als Partei. Dagegen erklärte vor der Verhandlung der Geschäftsführer der Elbinger Industriellen-Organisation, ein Herr Hilbig, dem Vertreter des Ministeriums höhnend ins Gesicht: er erblicke in dem Schlichtungsverfahren nur eine Schiedung. Hilbig erhielt von dem Geheimrat Hausmann für seine Unerschämtheit zwar eine ziemlich energische Abfuhr, aber sonst war das Schlichtungsurteil eine einzige Verbeugung vor der Direktion. Wohl wurde anerkannt, daß die Löhne der Elbinger Arbeiter ungewöhnlich niedrig sind. Trotzdem soll eine Erhöhung des Leberungsanschlages für Werftarbeiter um nur zehn Pfennig fälligkeit erfolgen. Die Unverheirateten sollen nichts erhalten. Die kündigungsfähige Entlassung, auch der Arbeiter der Lokomotivfabrik, wird als zu Recht erfolgt anerkannt und nur bescheiden der Wunsch nach Einstellung aller Aussperrten ausgebracht.

Selbst vielen Schlichtungslehnte die Firma ab! Die Arbeiter mußten Anfang Juli den Betrieb freigegeben, weil sie augenblicklich den Kampf nicht weiter führen konnten. Sie haben die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsbeschlusses beantragt. Von den Aussperrten sind etwa 500 von Elbing abgezogen. Ueber 1000 liegen noch auf der Straße. Unter diesen noch Aussperrten befinden sich freie Gewerkschaftler, Gleich-Dunder-Jahre, Christliche und sogar unorganisierte Arbeiter. In ihren Entlassungsscheinen und Zeugnissen führt die Firma jetzt die Kennzeichnung mißliebiger Arbeiter durch Eintragung des Vermerks „und ist bei Schließung des Betriebes entlassen“ ein. Sie hat die Ausstellung einwandfreier Entlassungen ausdrücklich verweigert, obwohl sie auf das Ungeheuerliche dieser „Zeugnisse“ hingewiesen wurde. Bemerkenswert ist noch, daß in Elbing noch Leute von der Schichauausperrung 1920 draußen liegen, die vor Hunger nicht aus noch ein wissen.

Die Tagelöhner für Schöffen und Geschworene

Die Tagelöhner, die den Schöffen und Geschworenen seit dem Jahre 1913 gewährt werden und die ursprünglich auf 5 M. festgesetzt waren, sind im Jahre 1920 auf 20 M. erhöht worden; zugleich wurde die Zulage für Nachtquartier von 3 M. auf 12 M. heraufgesetzt. Angesichts der herrschenden Teuerung reichen auch diese Sätze nicht mehr aus, so daß weiteren Teilen der Bevölkerung die Teilnahme an der Rechtsprechung erschwert wird. Vom 1. August d. J. tritt daher nach einer jedoch veröffentlichten Verordnung der Reichsregierung vom 12. Juli eine weitere Erhöhung ein; das Tagelohn wird künftig 30 M., die Uebernachtungszulage 20 M. betragen.

Die amerikanischen Nahrungsmittelhersteller. Die „Chicago Tribune“ aus Philadelphia meldet, daß Handelssekretär Hooper zu einer Anfrage der Gesellschaft der Freunde erklärte, daß die Nahrungsmittelhersteller für alle Länder um 50 Prozent herabgesetzt werden könnten und daß nur in Rußland der Bedarf an Nahrungsmitteln sich vergrößert habe.

Groß-Berlin

Gemeingefährliche Sparsamkeit

„Nehmt Kinder in Pflege!“ Dieser Ruf ertönt jetzt so oft an die Bevölkerung. Der Erfolg dieser Aufrufe ist aber sehr gering, da viele derjenigen, welche wirklich aus Kinderliebe gern ein Kind nehmen würden, durch Arbeitslosigkeit wirtschaftlich so heruntergekommen sind, daß es ihnen unmöglich ist, bei den geringen Pflegegeldsätzen noch ein weiteres Familienmitglied laitz zu machen.

Und doch gibt es Erwerbslose, die trotz aller Schwierigkeiten Pflegekinder aus früheren Zeiten behalten, weil sie die Kinder so lieb gewonnen haben, daß sie sie unter keinen Umständen abgeben wollen. Diesen hilfsbereiten Menschen wird zur Strafe das Pflegegeld nicht mehr gezahlt! Warum? Weil die Erwerbslosenunterstützung einschließlich der Kinderzuschläge so hoch ist, daß sie die Kinder gut durchbringen können und ihnen mit Leichtigkeit die notwendige Milch und alle Nahrungsmittel kaufen können.

Die Schuld daran trägt die Erwerbslosenfürsorge, die ohne Gnade die Kinderzuschläge streicht, weil doppelte Einnahmen nicht gestattet sind. In der Praxis leben dann die Dinge folgendermaßen aus: Wenn jemand in Arbeit steht und ein Einkommen hat, das wöchentlich z. B. 200 oder 400 M. beträgt, so wird ihm das Pflegegeld gezahlt. Ist er aber erwerbslos und hat eine Einnahme von 114 Mark wöchentlich, dann darf das Pflegegeld nicht gezahlt werden, weil sonst die Kinderzuschläge gestrichen werden.

Heißt das nicht geradezu die Pflegekinder der Not ausliefern? Wird hier die Sparsamkeit nicht zu einer gemeingefährlichen Grausamkeit?

Die Volontärärzte vor dem Streik

Die Berlin-Brandenburgische Verzeirkammer hatte sich im Verein mit anderen ärztlichen Organisationen in einer dringlichen Eingabe an den Kultusminister gewandt, um eine Entschädigung der bisher vollkommen unentgeltlich beschäftigten Volontärassistenten in den Berliner staatlichen Krankenhäusern und Kliniken zu erwirken und gleichzeitig die sofortige Aufhebung der Verfügung zu veranlassen, wonach die Volontärärzte vom 1. August ab die freie Wohnung und Befristung aus eigener Tasche zu bezahlen hätten. Der Minister hatte im Geheiß mit einem Mitglied des Landtages alsbaldige Abhilfe zugesagt — das ist aber alles, was bisher in dieser merkwürdigen Angelegenheit geschehen ist.

Von den angebotenen bereits zur Verfügung gestellten Geldern haben die Volontärassistenten noch keinen Pfennig gesehen; auch die Verfügung für die Charlité-Kliniken ist noch nicht ausgehoben. Dabei stehen die leitenden Ärzte überwiegend auf Seiten ihrer so kümmerlich behandelten Volontärassistenten. Das schwerfällige Verhalten der Behörden hat die Erbitterung bei den Volontärassistenten erheblich gesteigert. Eine am Dienstagabend einberufene Versammlung der Geschädigten soll nunmehr endgültig Stellung zu der Sache nehmen, und die Würste — falls das Ministerium nicht von leichter Mitleidswilligkeit schafft — die Arbeitsniederlegung von Mittwoch ab beschließen. Für die ärztliche Versorgung der dringenden Fälle wird Sorge getragen werden.

Der Sonntag der Raubüberfälle

Mit welcher unglaublichen Dreistigkeit die Verbrecher vorgehen, beweist folgender Fall, der sich am Sonntag vormittag in der Wohnung des Getreide-Großhändlers Stolmann ereignete. Gegen 9 Uhr klingelten drei gutgekleidete Männer, die Herrn Stolmann zu sprechen wünschten. Kaum hatte das Mädchen den Wartenden die Mitteilung gemacht, daß ihr Herr nicht zu sprechen sei, als plötzlich einer der Männer ihr einen Revolver auf die Stirn setzte und ihr den Mund zumhielt. Das Dienstmädchen hatte jedoch noch Zeit, einen kurzen Hilferuf auszulassen. Nunmehr drangen die beiden anderen Verbrecher in die Wohnung ein. Da trat Stolmann aus einem Zimmer und rief laut um Hilfe. Auf sein Rufen kamen mehrere Hausbewohner herbei, und die Räuber sahen sich jetzt genötigt, die Flucht zu ergreifen. Es gelang, die drei Verbrecher einer Streife der Schutzpolizei in die Arme zu treiben, die sie festnahm. Die Verhafteten wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Eine unangenehme Ueberraschung mußten am Sonntag morgen gegen 4 Uhr drei jugendliche Straßenräuber erleben, die auf der Hennbrücke zwei Passanten zu überfallen versuchten. Sie gingen an ihre ausgerichteten Opfer heran und verlangten, daß man ihnen Zigaretten geben sollte, ohne jedoch zu ahnen, daß sie es mit zwei Polizeibeamten in Zivil zu tun hatten. Die Beamten hielten über sie her und versuchten, ihnen die Zigarettenreize und die Briefstaschen zu entreißen. Die Beamten legten sich jedoch zur Wehr, und die drei suchten deshalb ihr Heil in der Flucht, wurden aber verfolgt. Es gelang, einen der Räuber festzunehmen.

Bei Hakenfelde in der Nähe von Spandau, wurde in einem Walde der Arbeiter Hans Orlich aus Hinderburg in Oberhavel, an Händen und Füßen gefesselt und geknebelt, aufgefunden. Der Gefesselte war bewußlos, hatte nur einen zerfleischten Arm und hatte eine Stichwunde am Arm. Als er die Fesseln wiedererlangt hatte, erzählte er, er hätte am Sonntagabend einen Ausflug nach Spandau unternommen. Als er den Wald gegen 11 Uhr nachts durchquerte, wären plötzlich drei Männer über ihn hergefallen, die ihm mehrere Schläge auf den Kopf versetzten. Die Räuber hätten ihn völlig ausgeplündert, keine Bargassa und sogar seinen Kuss, Kragen und Hut mitgenommen. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Als der Kaufmann Sieinramm in der Sonntagsnacht gegen 1 Uhr über den Chamissoplatz nach Hause ging, fielen plötzlich drei nächtliche Begehrer über ihn her. Der Ueberfallene rief um Hilfe, und eine zufällig vorbeidrehende Gendarmen der Schutzpolizei konnte die drei, die Arbeiter Fritz Stramortz, Willi Frei und Arthur Hirschfeld, festnehmen.

Brotkartenklawier. In der Woche vom 18. bis 24. Juli darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abchnitte das Stichtwort Volle Eru — Milch — Sahne tragen.

Ausführung der Infanterieschule Mündorf. Im Hofzug des Ministamts der Ententestaaten ist die Infanteriewasserschule in Mündorf, in der augenblicklich der zweite Jahrgang ausgebildet wurde, aufgelöst worden.

Der Wert elektrischer Diebstahlanlagen steigt eine Verhandlung, welche die Strafkammer des Landgerichts I befristete. Angeklagt wegen schweren Diebstahls waren der verheiratete Kaufmann Heribert Ruffian und der Arbeiter Willi Ritternackst. — In der Nacht zum 16. April d. J. drangen die Diebe in die in der Landsberger Straße 22 gelegene Grobdestillation von Schulz ein, indem sie vom Keller aus eine dicke Mauer durchdrangen. Während sie dabei waren, für circa 10 000 Mark Spirituosen zu verpacken, beschritten sie zufällig eine der auf verschiedenen Stellen unanfällig angebrachten elektrischen Kontakte einer Diebstahlsicherung. In demselben Augenblicke ertönte auf der Straße ein Alarm, durch welche die Unternehmern sofort den Alarm schlugen. Die Diebstahlklawieranten auf das Dach und wurden erst nach gefährlichen Kletterpartien von den Stöbeamen gestellt. — Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahre und 2 Jahre Zuchthaus, während Rechtsanwalt Dr. Haag um mildernde Umstände bat, da beide Angeklagte infolge Arbeitslosigkeit und Krankheiten in der Familie in die bitterste Not geraten waren und durch die erlittenen Verletzungen schon schwer genug bestraft worden seien. Das Gericht billigte den Angeklagten auch mildernde

Umstände zu und erkannte gegen Busson auf 1 Jahr und gegen Winterbach auf 3 Monate Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verhängt erachtet wurden.

Ankunft von Waren aus Rußland. In den Speichern des Osthafens sind durch die Deutsch-Russische Transportgesellschaft jetzt die ersten Waggonladungen Flach und Hanf aus Rußland eingelagert worden. Es steht zu erwarten, daß weitere Sendungen in abernächster Zeit folgen werden. Der Handelsverkehr wird sich in der Hauptsache auf Hanf, Flach, Felle und Därme erstrecken.

Die Fahrpreiserhöhung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege und der Magdalenenstiftung, die seit dem 1. März d. J. nur auf die Benutzung der 3. Wagenklasse beschränkt war, wird, wie wir einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin entnehmen, mit sofortiger Gültigkeit auf den deutschen Reichsbahnen auch wieder auf die 2. Klasse ausgedehnt. Neben dem Pflegepersonal wird die Fahrpreiserhöhung den mit der Leitung betrauten, der Eisenbahnverwaltung benannten Personen bei Reisen zur Ausübung der Aussicht über das Personal gewährt. Die Fahrpreiserhöhung beträgt 50 Prozent des Preises der benutzten Wagenklasse und wird gegen Vorlage eines besonderen Antrages gewährt.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ein wenig kühlere, vielfach heiter, etwas härter bewölkt, mit etwas Gewitterneigung und mäßigen nordöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Streik der Maschinenisten und Heizer in der Rheinschiffahrt beschlossen

Der Verband der Maschinenisten und Heizer schreibt uns aus Mannheim:

Donnerstag, den 14. Juli, trat in Mannheim eine außerordentliche Konferenz von Vertrauensleuten der Maschinenisten und Heizer (Rheinschiffahrt) unter Mitwirkung von Vertretern des Hauptvorstandes der Organisation zusammen.

Seit dem 22. Mai d. J. waren vom Zentralverband der Maschinenisten und Heizer gegen die Unternehmer der Rheinschiffahrt Forderungen gestellt, zu dem Zweck, die Unternehmer der Rheinschiffahrt zu veranlassen, den berechtigten Forderungen der Heizer und Maschinenisten nachzugeben. Die Maschinenisten und Heizer forderten vollkommene Sonntagsruhe, Bezahlung der täglich zu leistenden Mehrarbeit für Auf- und Abfahrten der Feuer und unter Würdigung der besonderen schweren körperlichen Arbeit dieser Arbeitergruppe eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten diese durchaus berechtigten Forderungen glatt ab.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen beschlossen darauf die Aufnahme von Forderungen, welche darin bestand, daß die Maschinenisten und Heizer der Rheinschiffahrt die täglich zu leistende Mehrarbeit für Auf- und Abfahrten der Feuer in der Höhe der festgelegten 12stündigen Fahrzeit vermindert, wodurch die Fahrzeit eine Verkürzung von täglich zwei Stunden erfährt. Ferner die Durchführung vollkommener Sonntagsruhe. Diese Kampfmaßnahmen wurden am 22. Mai auf den ganzen Rheinstrom angenommen. Die Wirkung dieser Aktion war eine augenblickliche

Die Unternehmer lehnten sich dagegen auf. Die Maschinenisten und Heizer sahen sich zu diesen Maßnahmen gezwungen, weil ein direkter Kampf nach den bekannten bestehenden Bestimmungen der Rheinlandkommission schwer möglich war.

Die Wirkung dieser Aktion traf ausschließlich die Unternehmer, welche empfindlich ihre Ausbeutungsinteressen bedroht sahen. Die Maschinenisten und Heizer würden einen solchen Kampf ein Jahr lang und noch länger geführt haben, ohne daß eine Unterbrechung der Betriebe und damit ein Verstoß gegen die bestehenden Bestimmungen der Rheinlandkommission eingetreten wäre.

Das Unternehmertum war anderer Meinung. Schritte zu Ausperrungen und legten sich damit in Widerspruch zu den Bestimmungen der Rheinlandkommission. Weil die Sünder aus den Reihen der Unternehmer waren, hat man nichts davon gehört, daß die Rheinlandkommission eingeschritten, oder gar die Uebelthäter bestraft worden wären. Am 15. und 16. Juni trat in Berlin, unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums, ein Schiedsgericht zusammen. Das Schiedsgericht entschied, daß die streikenden Parteien den alten Lohn- und Arbeitsvertrag bis 30. September d. J. anerkennen sollten.

Der Arbeitgeberverband der Rheinschiffahrt, ebenso der Transportarbeiterverband erkannten für ihre Mitglieder den Schiedspruch an. Der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer lehnte den Schiedspruch ab. Darauf warfen die Unternehmer noch einen größeren Teil von Maschinenisten und Heizern aus dem Betrieb.

Zu dieser Lage nahmen erneut Mitgliederversammlungen in der Zeit vom 8. bis 14. Juli an allen Stationen des Rheins Stellung. Die Abstimmung ergab, daß 693 Stimmen abgegeben wurden, die Gewaltmaßnahmen der Unternehmer mit sofortigem Streik zu bejahen, und 131 Stimmen, welche gegen die Aufnahme des Streiks sich erklärten.

Damit war der Kampf beschlossen. Der Kampf geht: 1. Einstellung aller entlassenen Kollegen. 2. Auszahlung der zu unrecht abgezogenen Lohnbeträge. 3. Erhöhung der Wochenlöhne um 35 Mark für Maschinenisten und Heizer, als Abgeltung für die besonders leichten des Maschinenistenpersonals zu leistende schwere körperliche Arbeit für die Mehrarbeit des Auf- und Abfahrens der Feuer. 4. Die geforderte Erhöhung der Wochenlöhne um 35 Mark, versteht sich auf Rückzahlung vom 1. April 1921.

Die Gewalt hat an verschiedenen Stationen des Rheins bereits eingesetzt, und die Maschinenisten und Heizer sind gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Maschinenisten und Heizer der Rheinschiffahrt werden sich aber der Gewalt nicht beugen, sondern sind gewillt, mit aller Energie diesen schweren Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen.

In der Gasse. In der Mittwoch-Abendnummer äußerten wir uns über die „Gewissenhaftigkeit“ der „Roten Fahne“, die dort geübt wird und die es auch nicht verschmäht, anonyme Einblendungen aufzunehmen. Kling antwortet das Blatt, beständig unsere Vermutung und glaubt mit einem geistreichen „Witz“ die Sache zu erledigen, indem es erklärt, bei uns wäre aus Mangel an Stoff die „Saugartenseit“ dazu benützt worden, um das Organ anzunagen. Umgekehrt ist auch gefahren, und das Blatt wehrt gar nicht, daß es sich selbst ohrfreigt. In der Freitag-Abendnummer der „Roten Fahne“ behauptet nun auf einmal der anonyme Einsender, uns hätte er diese Einblendung gar nicht zugesandt! — Und das Blatt ist so vornehm- und freundlich, uns Namen und Adresse des Betreffenden mitteilen zu

wollen: Wir müssen schon Heine variieren und erklären, wir kennen die übliche Weise, wir kennen auch den Text, haben aber kein Bedürfnis, „weder persönlich noch telephonisch“, den Hintern nach sich meldenden anonymen Verfasser kennen zu lernen.

Parteiveranstaltungen

Berlin: 11. Bezirk: 10. Juli: Die Bezirkskommission werden ersucht, sämtliche alten Beitragsmarken bei der Umschreibung beim Genossen habe mit abzugeben.

Montag, 18. Juli: 8. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion Foh und Telegraphen. Abends 8 Uhr Versammlungen bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

Dienstag, 19. Juli: 15. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

15. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

19. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

10. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

11. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

12. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

13. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

14. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

16. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

17. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

18. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

19. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

20. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

21. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

22. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

23. Bezirk: 7 Uhr Vorkonferenz bei Pöschel, Sellion, 7 und Gerichter, 74 im Restaurant.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater: Sommertheater: 7 1/2 Uhr: Der Kaiserlicher

Deutsches Theater: 7 1/2 Uhr: Die Soldaten u. Perlmutter

Kammerpiele: 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mautschellen kriegt

Großes Schauspielhaus: 8 Uhr: Die Weber

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr: DAS MILLIARDEN SINDER

Königsgräber Str.: 7.30 Uhr: Die Kreuzschreiber

Komödienhaus: 7.30 Uhr: Der Sport-Schiemühl

Berliner Bräter: 7.30 Uhr: Wenn Engel streiken!

Elite-Sänger: 7.30 Uhr: Le-pziger Fritze-Weber-Sänger

Lady Windermeres Fächer: 7.30 Uhr: Catanoos Sohn

Komische Oper: 7.30 Uhr: Die Oper

Alt-Heidelberg: 7.30 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Münzen :: Briefmarken: kauft Großmann, Johannstr. 4.

Spezial-Arzt: Dr. Jaffe für Geschlechts- u. Hautkrankheiten.

Dir. O. Löser, Münzstr. 9

Theodor Storm

Meister-Novellen

454 Seiten Text

Inhaltsverzeichnis: Immensee / Viola tricolor / Im Schloss / Aquis submersus / Carsten Curator / Der Schimmelreiter / Mehrere Gedichte

18 ganzseitige Zeichnungen von Otto Eckstein

Elegant gebunden 16.00 Mark

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G2

Breite Straße 8-9 sowie durch alle Filialen der „Freiheit“

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Geschäftsführer gesucht!

Derselbe muß mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes und mit allen Verbandsgeschäften vertraut sein.

Bewerberungen mit der Aufschrift „Geschäftsführer“ sind bis zum 26. Juli zu richten an: Gustav Schwarzlose, Rommer, Lindenstr. 35, II Trp.

Stoffe

für Herren-Anzüge, Hüte, Hosen, etc.

Koch & Seeland, G. m. b. H., Reg. 1903, Contrahandlung, 10-21, Reg. 1903.

NOTGELDSCHEINE

Praktische Anstalt, Berl. Köpenickerstr., Berlin W 60, Wilhelmstr. 44.

Beröfentlichungen

des Verlages der Kommunistischen Internationale

- Schriften von Karl Radek: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogisches (mit 8 Reproduktionen) . . . M. 2.— geb. M. 5.— Theorie u. Praxis der 2 1/2. Internationale M. 1.50 Die Massen sind gefallen (Eine Antwort an Crispian, Dittmann, Hilferding) M. 1.50 Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentralistische Partei des Warsens sein? M. 1.50 Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands M. 2.50 geb. M. 5.— Das Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues M. 0.50 Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital . . . M. 1.— In der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjet-Rußland M. 0.50 Die innere und äußere Lage Sowjet-Rußlands und die Aufgaben der kommunistischen Partei Rußlands M. 1.— Der 10. Kongress der kommunistischen Partei Rußlands M. 0.50

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahndlen / Hamburg 11

Tüchtige Verkäuferinnen

für Seidenband Bijouterie

sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.

Kottbuser Damm 1

Kleine Anzeigen

Verkäufe: Verkauft von der Verwaltung des Reichsarchivs.

Kaufsuche: Suche nach einem Kaufmann.

Werkzeuge und Maschinen: Verkauf von Werkzeugen.

Möbel: Verkauf von Möbeln.

Geld-Verkehr: Ankauf von Geldscheinen.

Verchiedenes: Verkauf von verschiedenen Waren.

Verkauf: Verkauf von Waren.

Werkzeuge: Verkauf von Werkzeugen.

Möbel: Verkauf von Möbeln.

Geld-Verkehr: Ankauf von Geldscheinen.

Verchiedenes: Verkauf von verschiedenen Waren.